

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Rfl. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 18. Juli 1931

Nummer 57

Zentralisation!

Der Ruf nach Zentralisation in unserem Verband, wie er anfänglich des Problems „Krisenwirkungen“ laut wurde, sollte auch nach einer einstweiligen Lösung des Krisenproblems nicht verstummen. Alle Kollegen, die sich für eine bessere, für die sozialistische Gestaltung der Zukunft einsetzen, sollten den bei einem Teil der Kollegenschaft herrschenden Organisationskonservatismus ablehnen und den Ruf nach Zentralisation und Einheit immer stärker und lauter werden lassen.

Die Gründe, die für die Beseitigung der Überorganisation in unserem Verband sprechen, sind bereits von einigen Kollegen im „Korr.“ aufs deutlichste angeführt, so daß es kaum noch weiterer Begründungen bedarf, um die Notwendigkeit der Auflösung der Sparten zu beweisen. Es gilt, durch zentralen Zusammenschluß unsern Verband für die Aufgaben zu rüsten, von deren Erfüllung unsere und unsres Verbandes Existenz abhängt.

Die Forderung nach Zentralisation ist natürlich nicht nur für unsern Verband zu stellen, sondern für die gesamte Arbeiterchaft. In puncto Vereinsmeierei steht die organisierte Arbeiterchaft dem Spießbürgertum beinahe in nichts nach. Das muß leider einmal ganz konsequent ausgesprochen werden. Da sind alle denkbaren bürgerlichen Nachstellungen vertreten, vom Schützenverein bis zum Damen-Regattklub, vom Künstlerorchester „Edelweiß“ bis zum Theaterensemble „Fidelio“. Kann jemand radfahren, schwimmen, laufen und springen, oder bozen, Statistiken, Keno- und photographieren, so schließt er sich einem „Arbeiter“-Zirkel an, und der „Kampf“ für den Sozialismus beginnt. Daß der heute in der Arbeiterchaft bestehende Vereinswahn uns dem Sozialismus nicht einen Schritt näherbringt, sondern gerade das Gegenteil bewirkt, sollte wohl zu erkennen sein. All die viele Mühe und Arbeit, Opfer an Geld und Zeit für den wachsenden Vereinswahn könnten nützlich eingesetzt werden in den Hauptorganisationen der sozialistischen Bewegung: politische Partei, freie Gewerkschaft und freiwillige sozialistische Kulturorganisation. Diese drei Säulen der Arbeiterbewegung gilt es groß und stark zu machen, um zum Ziele zu kommen.

Was kann getan werden, um diese drei Stützpunkte der modernen Arbeiterbewegung zu stärken?

Eine politische Partei groß und stark zu machen, könnte uns Gewerkschaftlern nicht allzu schwer werden, wenn — ja, wenn die sozialistische Bewegung parteipolitisch nicht gespalten wäre. Es besteht aber die Tatsache der Spaltung, und mit ihr müssen wir als freie Gewerkschaftler rechnen und dementsprechend die parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften wahren. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einheit und die Zentralisation in der Arbeiterchaft.

In den Gewerkschaften soll vor allem der wirtschaftliche Kampf geführt werden, d. h. Kampf für hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Das sind die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterchaft, die sie in den Gewerkschaften vertreten wissen will. Erfüllen die Gewerkschaften diese Aufgabe, dann bedarf es keiner parteipolitischen Beeinflussung in den Gewerkschaften. Es wird ganz logischerweise jeder Gewerkschaftler der Partei seine Kräfte zur Verfügung stellen, die auch parteipolitisch den wirtschaftlichen Kampf am besten fördert. Ebenso wie wir in den Gewerkschaften vernünftigerweise die kommunistische parteipolitische Beeinflussung und Spaltung durch die NSD. zurückweisen, ist es unsere Pflicht, auch andre parteipolitische Beeinflussungen zurückzuweisen. Dies ist keine neue Erkenntnis, sondern ein alter Grundsatz, nach dem die Gewerkschaften errichtet wurden. Heute ist dieser alte Gewerkschaftsgrundsatz geradezu eine Notwendigkeit, um die freien Gewerkschaften als letzten Schutz und Trutz der Arbeiterchaft zu erhalten. Die Gewerkschaften der sozialistischen Arbeiterbewegung bezeichnen sich gerade deshalb als freie Gewerkschaften, weil sie im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse frei sein müssen von parteipolitischen und religiösen Bindungen. Hier das tun, was überhaupt als gewerkschaftliche Arbeit in Frage kommt, ist A und O für die Einheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft.

Parallel mit dem politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampf muß der geistige Befreiungskampf der Arbeiterchaft sich vollziehen. Als freie Gewerkschaftler sollten wir uns auch der freiwilligen sozialistischen Kulturorganisation anschließen. Der Sozialismus ist die Welt-

anschauung der Gerechtigkeit, nach der es keine bevorrechteten Menschen oder Klassen oder Rassen gibt, nach der Gleichheit das sittliche Prinzip ist.

Aus vorstehender Auffassung ergibt sich die Notwendigkeit folgender Forderungen für jeden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter: Organisiere dich in einer sozialistischen Partei und tritt dort für den Klassenkampf ein; beachte die parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften und schütze sie gegen Spaltungsversuche von jeder Seite, um wieder erfolgreiche Gewerkschaftskämpfe führen zu können; unterlasse keine Weltanschauung einer Prüfung und sei ehrlich zu dir selbst.

Wer als aktives Mitglied in den drei Hauptorganisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung organisiert ist, der findet keine Zeit und kein Geld für die Vereinsmeierei, wie sie leider in der Arbeiterbewegung Platz gegriffen hat. In diesen Organisationen besteht die Möglichkeit ausgiebiger Betätigung zur sozialistischen Selbsterziehung und zur sozialistischen Gestaltung des öffentlichen Lebens. Daß unsre Sparten gegenüber solchen Organisationsaufgaben als großwärtliche Erinnerungen erscheinen, muß erkannt werden und zur Tat führen in dem Sinne: ein Verband, eine Klasse, eine Rasse, ein Ziel: die sozialistische Gesellschaftsordnung!

Göttingen. Fritz Körber.

Bildungsverband kontra Sparten

Als unser kleiner Ortsverein vor ungefähr einem Vierteljahr eine Entschliessung gegen das Spartenwesen faßte und im „Korr.“ veröffentlichte, da war er sich der Tragweite der Entschliessung jedenfalls sehr wohl bewußt, und die im „Korr.“ folgende Diskussion hat uns recht gegeben. Besonders Kollege Maßlo (Königsberg) hat seine Ausführungen in Worte gekleidet, wie sie bei uns beinahe wörtlich in der beschlußfassenden Versammlung gebraucht wurden. Und wenn Königsberg im äußersten Norden und unser Ort im äußersten Süden unsres Verbandsgebietes liegt, so kann sicherlich von einer „Beeinflussung“ nicht die Rede sein, vielmehr schon von einer übereinstimmenden Erkenntnis der Wirklichkeit.

Viele Argumente, die für die Notwendigkeit der Sparten ins Feld geführt werden, sind vielfach direkt an den Haaren herbeigezogen und beweisen in keinem Fall, daß die Erzeugnisse, zumal die materiellen, nicht ebenso gut im Rahmen unsres Gesamtverbandes hätten erreicht werden können. Es dürfte indessen auch dem Uneingeweihten bald klar werden, daß es heute längst nicht mehr um die Sparten geht. Heute geht es — um in der Frontsprache zu reden — bereits um die Hauptstellung. Und haben wir im Krieg nicht vielfach erleben müssen, daß im Notfall die vorgehobenen Köpfe (in unserm Falle die Sparten) auf die Hauptstellung zurückgenommen werden mußten? Wüßten wir dann nicht: „Setzt gehts uns Gange?“ Und war die Gründung der Handsegersparte wirklich ein Beweis für ihre Notwendigkeit, oder war es nicht vielmehr eine Preisfrage? Man betrachte die Sparten vielfach als eine Art geistige Uniformierung eigenbrötlicher Berufsinteressen, wie sie in politischer Hinsicht, sicher auch nicht zum Nutzen der Gesamtheit, in Erscheinung tritt. Sind wir denn heute Seher, Drucker, Maschinenleger usw. oder sind wir insgesamt einfach Buchdrucker? In Zeiten vergangener wirtschaftlicher Hochkonjunktur ließ man sich die verschiedenen Spartenförmigkeiten gefallen; aber nur, um der in solchen Zeiten notwendigen (konkurrenznotwendigen) Weiterbildung und Anpassung an das Tempo künstlerischer und technischer Entwicklung gerecht zu werden. Wie ist es aber heute? Die Rationalisierung, die mit „Vernunft!“ in vielen Fällen allerdings vertuscht wenig zu tun hat, hat es auch bei uns so weit gebracht, daß von dem einzelnen Gehilfen eine übertragende Leistung gar nicht mehr verlangt wird. In der Mehrzahl wird heute nach Vorlagen, Entwürfen, Skizzen usw. gearbeitet und die Herren Betriebsleiter und sonstige „produktive“ Hilfskräfte (von denen bald hinter jedem Seher eine steht) verlangen einfach von jedem Kollegen, daß er die Arbeit ausführen kann. Damit wird auch der sogenannte Leistungszulagenabbau und das Herabdrücken der Löhne auf eine Linie begründet. Die künftige Gegenmaßnahme unsererseits wird sein müssen, diese Linie zu heben, jedenfalls aber unter allen Umständen zu halten. Das kann aber nur der Verband in seiner Gesamtheit vollbringen. Hier also wiederum ein Beweis, daß die Existenzberechtigung der Sparten sich nur auf die beruflichen

Bildungsmöglichkeiten beschränken kann. Dazu aber ist nun einmal der Bildungsverband gegründet worden, und warum sollte es nicht möglich sein, die Interessen der einzelnen Sparten unter diesen einen Hut zu vereinigen? Bitte, nicht die Augen verschließen vor Notwendigkeiten, nicht aus dem Häuschen fahren oder die getränkte Leberwurst spielen! Heute geht es um mehr als um Sparteninteressen!

Wenn in den Debatten zu den „Krisenauswirkungen“ oft der Ruf laut wurde zur „Bereinsfassung unsres Verwaltungsapparates“, so kann doch damit nur gemeint sein: Zusammenfassung verschiedener im Endzweck gleicher Bestrebungen unter eine Instanz. Dazu hätte ich zu dieser Sache einen Vorschlag zu machen, der jederzeit ergänzt und ausgebaut werden kann:

1. Der Verband der Deutschen Buchdrucker im allgemeinen vertritt seinen Mitgliedern gegenüber alle Rechte, die im Tarif festgelegt sind, ausgehend insbesondere von § 1 Abs. 1 und 2 mit allen ihm rechtlich zu Gebote stehenden Mitteln.
2. Jedes Mitglied des Verbandes ist zugleich Mitglied des Bildungsverbandes. Dessen Hauptziel ist niedergelegt in § 1 der Satzungen und lautet: „Zur Vermeidung einer Zerpfitterung aller in der Gewerkschaftsbewegung der Buchdrucker vorhandenen Bildungsbestrebungen ist eine Verschmelzung dieser Bestrebungen durch den Bildungsverband herbeizuführen.“
3. Der jeweilige Verbandsbeitrag pro Mitglied ist so festzusetzen, daß in ihm zugleich der Beitrag für den Bildungsverband enthalten ist. (Kollektivbeitrag.)
4. Die Zentrale sowie die Kreisleitungen des Bildungsverbandes setzen sich zusammen aus je einem Vertreter der verschiedenen Fachgruppen, also einem Seher, einem Drucker, einem Maschinenleger usw., wobei derselbe jeweils die Interessen seiner Fachgruppe im Einzelfalle wie in der Zusammenarbeit zu bearbeiten und zu vertreten hat.
5. Jedes Mitglied erhält wie bisher neben dem eigentlichen Hauptblatt („Typographische Mitteilungen“) und „Graphischer Betrieb“ zusammengefaßt ein Mitteilungsblatt seiner Fachgruppe (wie bisher die Spartenmitteilungen).
6. Vorträge, Exkursionen usw. (technischer Art) werden für die einzelnen Fachgruppen nach Bedarf von jeweiligen Fachleiter des Bildungsverbandes arrangiert. Allgemeinbildende Vorträge usw. sowie unterhaltende und der Kollegialität dienende Veranstaltungen (Ausflüge, Wanderungen, Jahreszusammenkünfte) sind gemeinsam mit allen Fachgruppen zu unternehmen.
7. In jedem Ortsverein vertritt der Ortsvorsitzende oder ein zu bestimmendes Mitglied die Interessen des Bildungsverbandes, das heißt, er gibt Wünsche und Anregungen des Bildungsverbandes bekannt, leitet die Verteilung der Hefte und besorgt die Rundsendungen. Wünsche und Anträge der einzelnen Fachgruppen innerhalb des Ortsvereins gehen zu Händen des jeweiligen Vertreters in der Kreisleitung.
8. In jeder Sommerbezirksversammlung des Verbandes ist ein Referat eines Vertreters des Bildungsverbandes in die Tagesordnung aufzunehmen.

Das sehr wesentliche Ergebnis bei Durchführung einer solchen Zentralisation wäre vor allem folgendes: Bedeutende Erleichterungen in der Verwaltung und Bearbeitung des Bildungsmaterials. Dadurch, daß jedes Mitglied des Verbandes zugleich Mitglied des Bildungsverbandes ist: bedeutende Mehreinnahmen und dadurch größere Ausbaumöglichkeit des ganzen Verwaltungsapparates bei gleichzeitiger Verminderung des Beitrages des Einzelmitgliedes; Entparung an Aufwendungen für Spartenfunktionäre, Delegationen, Konferenzen, Tagungen, Porti und Speisen usw.; Hebung des Geistes für Gleichberechtigung und gleichen Bildungsanspruch bei allen Fachgruppen; zentrale, straffe Arbeitsmöglichkeit; Verminderung von Nebenarbeiten usw.

Ich glaube damit einen Vorschlag gemacht zu haben, der sehr wohl der Diskussion wert wäre, in voller Anerkennung der von den Sparten bisher geleisteten Arbeit, aber auch in dem Bewußtsein, daß es so nicht weitergehen kann und daß in Wäldern hier etwas unternommen werden muß in Anpassung an ein Zeitalter, welches sich das der Rationalisierung nennt.

Willingen (Baden). S. Alex. Neugart.

Nachmal die „leidige“ (!) Spartenfrage

Die Einigkeit im Verband wurde ermahnt durch die tarifliche Besserstellung einiger Sparten erschlüsselt. Diesen Erfolg zu wahren, ihn möglichst zu verbessern oder überhaupt zu einem solchen Erfolg zu kommen, ist das Hauptziel aller Sparten. Die Rationalisierung sorgt dafür, daß jeder sein Bestes an Arbeitskraft hergibt. Daß der Maschinenseher unzuverlässiger sein soll und nur deshalb seine 20 Proz. bekommt, damit er nicht leistungsfähig die Maschine verfaßt, ist zu bezweifeln. Das Risiko des Unternehmers ist bei einem Notationser oder bei einem Seher, der durch Unachtsamkeit mit einem Druckfehler eine teure Drucklage verderben kann, gleich groß. Man kann nicht behaupten, die Einigkeit zu fördern, wenn man innerhalb des Verbandes Sonderwünsche durchdrücken will. Man erzeugt dadurch die berüchtigte Interesslosigkeit bei den nicht in Sparten Organisierten. Um aber die Kampfpauken zu überbrücken, griff man zülflosslos in die Aufgaben des Bildungsverbandes und zerplitterte weiter, ebenso nahm man den Gesellschaftsvereinen ihre Bedeutung. Fachtechnisch ist der Linotypist vom Monotypseher so weit entfernt wie der Flachdrucker vom Notationser, wie der Ktzbildner vom Stempelseher. Produktive Fachbildung für alle Mitglieder kann keine Sparte leisten, auch der Bildungsverband nicht. Aber die im letzteren vorhandenen Lehrmaterialien, Druckerzeugnisse, Zeitschriften, Lichtbilder können den Wünschen aller Verbandsmitglieder Rechnung tragen. Wenn der „Graphische Betrieb“ monatlich 48 oder 64 Seiten Bildung anführen würde, dann läme selbst der Drehbuchmetzler, der Aufwärmer wie der Abgießer gelegentlich auf seine Kosten. Mit seinen guten Illustrationen wäre so ein Jahresband zum „Graphischen Betrieb“ das beste technische Nachschlagewerk, das ohne Schwierigkeiten mit allen andern Berufsgruppen Fühlung schafft und ein Dokument kollegialer Eintracht darstellt.

Heute gibt es nicht Maschinenseher, sondern Linotypen, Typographen, Monotypen usw. Seher; keine Handseher, sondern erste Ktzbildner, Tabellen-, Inschriften-, Überdrückens-, Stempeln-, Plakat- usw. Seher; keine Drucker, sondern Liegel-, Schnellpressen-, Apparat-, Miele-, Seurat-, Notations-, Illustrations- usw. Drucker. Ebenso ist es in den andern Sparten. Konzeptionen müßte der Verband an die Vielseitigkeit der Technik seiner Mitglieder machen, Konzeptionen muß die Sparte an ihre Untergruppen machen, aber keine wird recht befriedigen, wenn der einzelne Kollege nicht einseht, daß wir alle einen Wagen haben, dieselben Schufe und Kleider beanpruchten dürfen, ob wir nun am Wiederbeher sitzen oder am Aufsträumungstisch stehen und Kastenführer leben. Fachbildung kann heute nur aus jeweils einschlägiger Literatur, aus einer Sammlung fachtechnischer Erfahrungen, wie sie nur der „Graphische Betrieb“ bieten kann, geschöpft werden. Der Bildungsverband aber soll das allgemeine Fachwissen verbreiten, durch Vorträge, Besichtigungen usw. Er darf nicht speziell werden. Das können die Sparten verbinden, nicht dadurch, daß sie sich molend einen eignen Raden aufmachen, sondern daß sie bei der Programmgestaltung ihr Wort in die Waagschale werfen. Sind wir für Sparten, so müssen morgen alle die Untergruppen ihre Sparte gründen, wenn sie nicht in den Verdacht geraten wollen, daß sie für ihre Fachbildung nichts übrig haben. Denn gibt es beispielsweise die Sparte der Flachstereotypen, der Kunststereotypen, der Flachdrucker, der Liegeldrucker, der Apparaturdrucker (natürlich besonders Sparten für Streicher und Sauer, für Notary und Universal), für Inschriftenseher, Katalogseher, Zeitdruckenmetzler, Tageszeitungssetzmeister (wesentlich verschieden) usw. Ja, wer kann sagen, daß die Weiterentwicklung bei der Werbung für den Spartengebanken nicht dazu führen würde. Organisieren ist das Fundament aller Erfolge. Wir müssen also zurück, weil der Sünde Satz „Alles für den Verband durch die Sparte“ sinnwidrig ist. Entweder wir geben den drei Grundorganisationen die alte Macht durch restlose Unterordnung, oder wir können weitschauend heute unsere Ausgaben kürzen, indem wir den Verbandsbeitrag bis auf die zur Erhaltung der Unterstützung und deren Verwaltung notwendige Summe kürzen, den Bildungsverband wie die Gesellschaftsvereine liquidieren, weil ja nun die Sparten alles besorgen. Welches der richtige Weg ist, braucht nicht gesagt zu werden, wer aber seinen Verband wie die Kampfkraft der Kollegenschaft zu schätzen weiß, wird sich gegen die Sparten entscheiden.

Die Erhaltung der Einigkeit im Verband ist das wichtigste Problem. Da aber die Spartenverbindungen unweigerlich zerplitterten, so muß sich der Verbandstag mit der Spartenfrage beschäftigen. Und wenn sich bis dahin die Delegierten nicht zu einer Einigkeit durchgerungen haben, daß die Sparten dem Verband nicht dienen, sondern schaden, dann kann schon heute den Kollegen gesagt werden, daß die Schlagkraft nachlassen wird und daß wir unter Überorganisation organisatorisch wie wirtschaftlich leiden werden.

Dem Kollegen Benzell (Sena) ist besonders verantwortlich, daß unser Bildungsverbands-Ortsgruppenvorstand, der aus drei Sparten, darunter zwei Vorstandsmittgliedern, zusammengesetzt ist, dem Artikel „Die leidige Spartenfrage“ vollauf aufzukomme. Aber weiter sei bemerkt, daß seitdem eine Reihe Austritte nicht aus dem Bildungsverband, sondern aus den Sparten am Orte erfolgten, und gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß auch in andern Orten die Abwanderung eingeleitet hat, sicher nicht aus Sympathie, sondern aus sachlicher Erkenntnis. Die Polemik gegen die Sparten ist kein Reklameschub des Bildungsverbandes, sie ist eine zeitgemäße Notwendigkeit, ein „Quo vadis“ im Interesse unseres Verbandes, des Bildungsverbandes, der kollegialen Gesellschaft, im Interesse des wirtschaftlichen und fachtechnischen Aufstiegs.

R. N i n g s b e r g i. Pr.

Spartenarbeit ist Verbandsarbeit!

Hoffentlich hat das zeitliche Studium aller Artikel, die sich in den letzten Wochen mit dem Thema „Überorganisation“ oder „Spartenfrage“ befaßten, den Erfolg, alle Kollegen zum Nachdenken anzuregen.

Die scheinbar so überzeugenden Gründe der Spartengegner von der gänzlichen Überflüssigkeit der Sparten soll die Kollegen, insbesondere die Mitglieder der Sparten, zu der Einsicht bringen, daß der Bildungsverband vollauf zur Weiterbildung usw. genügt.

Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Rein aufrichtiger Spartengegner kann bestreiten, daß die Sparten in der Vergangenheit sowohl wie bis zur jetzigen Krisenzeit in ungenügnstiger Weise sehr viel Arbeit geleistet haben und noch leisten, und daß sie am Aus- und Aufbau des Verbandes hervorragenden Anteil haben. Ich teile die Ansicht des Kollegen Bellingrath, daß aus den Sparten die besten Verbandsfunktionäre hervorgegangen sind. Die Ausführungen des Kollegen Mahlo, der diese Tatsachen gänzlich übergeht, wurden schon von den Kollegen Benzell und Peil richtiggestellt. Kollege Ruppert (Warzen) glaubt nun, in die gleiche Kerbe wie Mahlo hauen zu müssen und ergeht sich gleichfalls in maßlosen Übertreibungen. Sicher hat jeder Verbands- und Spartenfunktionär schon Schwierigkeiten mit der Ansehung von Veranstaltungen gehabt, um nicht mit dieser oder jener Gruppe zu kollidieren, aber in jedem Fall läßt sich bei einigem guten Willen eine Einigung finden. Es sieht sehr, daß heute noch genau wie früher die Spartenmitglieder (abgesehen von denjenigen, die auch trotz Mitgliedschaft den Veranstaltungen der Sparte fernbleiben) die treuesten Besucher der Verbandsveranstaltungen sind. Ein prinzipielles Meiden von Orts- und Bezirksversammlungen durch Spartenmitglieder oder sogar -funktionäre dürfte einen kaum glaublichen Einzelfall darstellen. Im Gegenfah zu Kollegen Ruppert möchte ich behaupten, daß 99 Proz. des Versammlungsmaterials der Sparten gerade in deren Versammlung gehört und dort viel besser behandelt werden kann. Ist es doch mit der Zweck der Sparten, alle internen Vorgänge innerhalb ihres Berufszweiges aufmerksam zu verfolgen, zu besprechen und danach den Organisationsvorschriften zu unterbreiten. Wenn nötig, kann und soll die Orts- bzw. Bezirksversammlung gewissermaßen als Plenum darüber entscheiden. Nehmen wir als Beispiel die noch ständig fortschreitende Rationalisierung an, die sich vornehmlich in den Druckerfassen auswirkt. Es ist ausgeschlossen, daß die Organisation sich so eingehend, wie es nötig ist, mit jeder Sache beschäftigen und Abschlüsse schaffen kann. Hier tritt die Sparte in Tätigkeit, um mit Hilfe des Kreisvorstandes und der Zentralkommission, selbstverständlich immer im Einverständnis mit der Gesamtorganisation, Abwechslungnahmen zu treffen. Insbesondere trifft dies auf die Durchführung und Einhaltung der Sonderbestimmungen zu.

Wie ist denn unsere Organisation aufgebaut? Die Vorstehenden der Zentralkommissionen fungieren als Beisitzer im Verbandsvorstand. Es kann ruhig behauptet werden, daß der Verbandsvorstand bei der technisch rapid fortschreitenden Zeit mehr und mehr auf die speziellen Berufskenntnisse der Spartenvertreter, die ja vor allen Dingen noch im Beruf tätig sind, angewiesen ist. Genau so geht es bei allen Gaus, Bezirks- und Ortsvorständen, in denen wohl heute überall die Vertreter der Sparten Sitz und Stimme haben. Und diese heute gar nicht mehr fortzudenkende Art des Zusammenarbeitens ist nur möglich, wenn die einzelnen Berufsweige spezialorganisiert sind, ständig in Fühlung bleiben, alle internen Berufsfragen erörtern und durch Vorträge, Besichtigungen usw. ihre Berufserkenntnisse fördern. Im Verbandsorgan wird ja nur über einen verschwindenden Teil der Spartenveranstaltungen berichtet, aber dieser kleine Teil geht schon zur Genüge, welche mühevoll, aufbauende, für den Verband notwendige Kleinarbeit von den Sparten zur Hebung unseres Berufs geleistet wird. Alle die sich überstürzenden Neuerungen ausschließlich im Bildungsverband zu erfassen, ist eine Unmöglichkeit. Aber den angeleglichen Arbeitsnachweis mancher Spartenvorstände zu freieren, ist wohl überflüssig; es sind Einzelfälle, und in der heutigen Zeit bleiben dahingehende Bestrebungen ohnehin fast ausichtslos. Was spontane Aktionen einzelner Spartengruppen anbelangt, so werden diese je nach der Situation auch vorkommen, wenn es keine Spartenorganisationen mehr geben sollte.

Letzten Endes wurde die leidige Debatte über Überorganisation oder Spartenfrage nur hervorgerufen, weil die furchtbare Not der Zeit an allen Eden und Ranten zum Sparen schreit. Sätten wir Hochkonjunktur und eine normale Arbeitslosenziffer, stände das Thema nicht auf der Tagesordnung. Tatsache ist wohl, daß eine Reihe eifriger und tüchtiger Kollegen aus ihrer Sparte ausgetreten ist, weil sie den Beitrag glauben nicht mehr bezahlen zu können. Auf gleichen Gründen beruht wohl auch die Mitgliederabnahme des Bildungsverbandes.

Und weshalb nun die seit Jahrzehnten in bestem Sinne bewährten Spartenorganisationen als überflüssig abtun? Es wäre ein großer Fehler! Nicht deshalb, weil wir glauben, die Sparten aus Tradition erhalten zu müssen, sondern weil sie aus den angeführten Gründen für den Verband zur Notwendigkeit geworden sind. Kann denn von einer Zerplittierung die Rede sein, wo wir doch alle aus erstlichem Herzen nur das Beste für den Verband wollen? Jeder einseitige Spartenvorsitzende, der wohl in den meisten Fällen auch Verbandsfunktionär ist, wird Bestürze gegen die Verbandsdisziplin und alles Überflüssige an Veranstaltungen zu vermeiden wissen. Lassen wir deshalb die Sparten im Interesse unseres Verbandes weiter arbeiten. Spartenarbeit ist Verbandsarbeit!

W u p p e r t a l - E l b e r f e l d.

Zur Barole: freiwilliger Arbeitsdienst

Die neueste Notverordnung des Reichspräsidenten kündigt die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes an, doch ist nicht klar ersichtlich, welche Form dieser freiwillige Beitrag annehmen wird. Das ist sicherlich ein Erfolg des Herrn Treitman und der hinter ihm stehenden Kreise. Obwohl eine Konferenz von amtlichen und nichtamtlichen Vertretern im Reichsarbeitsministerium die Forderung der „Allgemeinen Arbeitsdienstpflicht“ in einer Zeit der Kapitalknappheit als undurchführbar und für eine Beilegung der Wirtschaftskatastrophe als ausichtslos bezeichnet hat, sind doch die verschiedensten Rechtstreife immer für diese Sache Sturm gelaufen. Diese Fähigkeit gegen jede wirtschaftliche Wernunft läßt vermuten, daß es hier um ganz andre Dinge geht und die angeleglichen Lösungsversuche des Arbeitslosenproblems nur geschickte Verhüllungen anderer Intentionen sind.

Man kann nun nicht etwa feststellen, daß diese einzelnen Absichten alle von einem, wenigstens in den Grundgedanken einheitlichen Bilde ausgehen. So gibt es heute Gruppen, die sich an der Forderung einer „Allgemeinen Arbeitsdienstpflicht“ festhalten und andre, die nach der Ablehnung des „Allgemeinen Dienstjahres“ den Gedanken eines „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ propagieren. Allerdings verlangen auch die letzteren zur Finanzierung Staatsmittel. Wenn diese verschiedenen Pläne einzeln unter die Lupe genommen werden, so ergibt sich, daß ihre Zwecke und Absichten doch stark auseinander zu gehen scheinen. Letzten Endes ist diese Verschiedenartigkeit nur erklärbar aus der Verschiedenartigkeit des gesellschaftlichen Standortes.

Zwei positive Äußerungen, die sich für die Schaffung eines freiwilligen bzw. unfreiwilligen Arbeitsdienstes einsetzen, seien aus der Vielzahl der Presseäußerungen der Gegenwart herausgegriffen: eine aus dem „Stahlhelm“, die andre aus der „Deutschen Bergwerkszeitung“. Beide sind sehr gut geeignet, eine Analyse nach der angegebenen Richtung vorzunehmen.

Der „Stahlhelm“ bleibt strikt auf der Forderung eines Zwangsarbeitsdienstes stehen und lehnt die Freiwilligkeit scharfstens ab. Es wird von ihm als notwendig erachtet, daß fortlaufend ein ganzer Jahrgang junger Männer zum Arbeitsdienst eingezogen wird. Die Begründung für diese Stellungnahme wird in einem aus acht Punkten bestehenden Programm gegeben:

1. Gewöhnung der gesamten Jungmannschaft an Zucht und Ordnung.
2. Körperliche Ertüchtigung aller jungen Männer.
3. Die Entlastung des Arbeitsmarktes um 1—1½ Millionen.
4. Ausbildung aller jungen Männer in der richtigen Handhabung aller einfachen Handwerkszeuge.
5. Ausbildung in der Durchführung gemeinsamer Arbeiten (Deichbau usw.).
6. Gewöhnung an auf deutschem Boden wachsende Nahrungsmittel (Koggen, Erbsen, Schweinefleisch und Kartoffeln).
7. Ausübung großer Kulturarbeiten, deren normale Durchführung bei heutigen Zinsfüßen unterbleiben muß.
8. Fernhaltung der polnischen Saisonarbeiter durch Ernteurlaub.

Dieses Programm entspricht der soziologischen Basis des „Stahlhelms“: Weantumtend des alten Reiches, intellektueller Mittelstand und Junkertum. Das geht sowohl aus den politischen als auch aus den interessenmäßigen Forderungen hervor. Diese sind entstanden aus der Dentweise von gesellschaftlichen Gruppen, die heute im Gesamttraumen des Volkes nicht mehr die bevorrechtete Stellung und gesellschaftliche Wertung besitzen. Nicht umsonst steht an der Spitze der Forderungen die Gewöhnung an Zucht und Ordnung. Ist mit Zucht und Ordnung nur das moralische Verhalten des einzelnen gegenüber seinen Mitmenschen, unter Ordnung nur die Beachtung der für das gegenwärtige staatliche Zusammenleben geltenden Normen gemeint? Wohl kaum. Was gestern als Zucht und Ordnung galt, kann morgen als Bindung gefallen sein. Diese beiden Begriffe haben durchaus einen zeit- und raumgebundenen Inhalt. Man kann deshalb nicht von der Zucht und Ordnung gemeinhin sprechen. Wenn der „Stahlhelm“ diese Begriffe gebraucht, so sind sie mit einem ganz konkreten Inhalt gemeint und sind mit einer ganz bestimmten Wertvorstellung verknüpft. Will dieser eine Zucht und Ordnung wiederherstellen, so handelt es sich um das Wiederherstellen der Wertvorstellung des vergangenen Kaiserreiches und damit verknüpft: die Restaurierung der gesellschaftlichen Hierarchie dieser verfallenen Epoche. Deshalb der Wunsch nach der Einführung der einjährigen Zwangsorganisation, in der man hofft, den jungen Männern den richtigen Sinn für diese Wertvorstellung von Zucht und Ordnung beizubringen. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß bei der Forderung eines allgemeinen Zwangsdienstes noch ein außenpolitisches Moment mitzuföhnen scheint: der Erfolg der allgemeinen Wehrpflicht. Doch kann es auch in dieser Hinsicht dahingestellt bleiben, inwieweit hier über die Außenpolitik die innenpolitische Situation getroffen werden soll, ähnlich wie bei dem Volksbegehren für das Freiheitsgesetz. Sehr fragwürdig erscheint auch die Forderung der körperlichen Ertüchtigung durch einen Arbeitsdienst. Braucht es denn erst dieser Zwangsorganisation im Zeitalter des Sports? Die traditionellen Sportfänder haben ihre Führerschaft gerade auf dem umgekehrten Wege erreicht! Auch dieser Forderung ist von zwei Seiten beizukommen: 1. Versuch, einen Wehrpflicht-Erfah zu schaffen und 2. die Absicht, die sportliche Erziehung aus den Händen der gefinnungsmäßig „unzuverlässigen“ Sportorganisations-

K a r l M a n d.

Korrespondenzen

Wfherleben. Unsrer Verammlung am 13. Juni hatte einen zufriedenstellenden Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles nahm die hiesige Kollegenchaft in eingehender Aussprache Stellung zu der angekündigten „Notverordnung“ des Verbandsvorsitzenden zwecks Sanierung der Verbandskasse. Starke Enttäuschung und abfällige Äußerungen löste die „Reinigungs-Notverordnung“ aus, welche nicht nur den in Arbeit Stehenden, noch mehr aber den Arbeitslosen mit den schon fargen Unterführungsfähigen trifft. Nachdem die Artikel „Krisenwirkungen“ im „Korr.“ einer genügenden Kritik unterzogen worden waren, vertrat man zum Schluß den Standpunkt, daß der Verband auf seiner Höhe zu halten ist; auch keine Gewerkschaft ohne Kampf Fonds sein kann. Wir erkennen deshalb eine erträgliche Beitragserhöhung als notwendig an, erwarten aber, daß der rechtliche Ausgleich des Stats durch die Beitragsstaffelung einzubringen versucht wird. Ferner ist mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die 40-Stunden-Woche Gesetz werde. Von der Abhaltung des Johannistages in größerem Rahmen wurde Abstand genommen. Dafür soll eine schlichte Feier zu Ehren unrer Verbandsjubilare stattfinden. Der Bericht vom Ortsausfluß und einige Anfragen unter „Beschwerden“ liegen die ruhig und sachlich verlaufene Verammlung zum Schluß kommen.

F. Breslau. Die Mitglie d e r v e r s a m m l u n g am 15. Juni beschäftigte sich nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten mit der Entlastung des Gauverwalters und der Aufstellung der Kandidaten zur Gauvorstands-wahl. Bei dem gebrauchten vorliegenden Jahresbericht bemängelte Kollege H a n u s h e r, a. einige Posten der Diätenausgaben. Der stellvertretende Gauvorsitzer Kollege F r e i g e bemerkte hierzu, daß der Gauvorstand für sich die Spesenfähige bereits herabgesetzt und dies in einem Rundschreiben den Bezirken ebenfalls empfohlen habe. Darüber hinaus wird sich der Gauvorstand in einer der nächsten Sitzungen erneut mit einer Herabsetzung beschäftigen. Auf Antrag der Neuloren erteilte die Verammlung dem Gauverwalter sowie dem Gauvorstand einstimmig Entlastung. Der bisherige Gauvorstand wurde, da andere Vorschläge nicht gemacht wurden, zur Wiederwahl vorgeschlagen. Über „Die Vorgänge in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau“ referierte Kollege H a n u s h e r, Mitglied des Verwaltungsausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Durch die Wochenpresse und besonders interessierte Kreise sind eine Anzahl falscher Gerüchte über die Allgemeine Ortskrankenkasse verbreitet worden, auf die der Redner näher einging und eine Richtigstellung vornahm. Der Grund für die mißlichen Finanzverhältnisse der Allgemeinen Ortskrankenkasse liegt in der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage, die sich eben in Breslau, der Stadt mit dem höchsten Arbeitslosenprozentsatz und den niedrigsten Löhnen, besonders auswirkt. Die riesige Arbeitslosigkeit, die Beitragsföhren der Arbeitgeber, der Lohnabbau und die durch Notverordnung gestirten Beiträge haben einen beträchtlichen Einnahmefall gebracht, daß die Kasse naturgemäß in Zahlungsschwierigkeiten geraten mußte. Bei Verantwortung der Frage, ob der Um- und Neubau der Krankenkasse notwendig war, muß man sich vor Augen halten, daß das bisherige Gebäude bei einem Mitglie d e r s t a n d von 40 000 errichtet worden ist. Nachdem aber im Jahre 1927 die Zahl der Mitglie d e r 160 000 erreicht hatte und man von einer reibungslosen Abwicklung der Geschäfte nicht mehr sprechen konnte, sah sich der Krankenkassenvorstand zu diesem Ausbau gezwungen. Das Architekturhonorar wird von der bürgerlichen und Wochenpresse nur deshalb angegriffen, weil der Architekt ein Sozialdemokrat ist. Der mit der Nachprüfung des Baues beauftragte deutsche nationale Baumeister verlangte für sich einen Stundenlohn von 8 M. und 3 M. für seinen Helfer! Doch davon hat man nirgends was gelesen. Die rege Diskussion, die nach Schluß der Ausführungen einsetzte, zeigte, welches Interesse der Vortrag bei der Kollegenchaft gefunden hatte.

Sch. Oberstadt. Unsrer letzte Mitglie d e r v e r s a m m l u n g war sehr gut besucht. Dieselbe nahm Stellung zu dem Thema „Beitragserhöhung oder Unterführungsabbau“. Nachdem unser Vortragender Kollege F h l i n einem gut durchdachten Vortrag den Einnahmefall und die erhöhten Ausgaben dargelegt hatte, war es ihm ein leichtes, zu beweisen, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Ausgaben und Einnahmen der Verbandskasse in Einklang zu bringen. Er führte weiter aus, daß bei manchen Gauen und Bezirken die Beiträge gesenkt werden könnten, denn es sei nicht notwendig, auch dort noch große Vermögen anzukummeln. Die Parole muß überall lauten: Sparen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß vor allem eine Senkung der Gehälter unrer Verbandsangestellten (Maschinengehälter und 25 Proz. Kotalzuschlag wurde für ausreichend gehalten) und Kürzung der Diäten bei Konferenzen usw. eintreten muß. Ebenso erklärte sich die Verammlung einverstanden mit der Kürzung aller Unterführungsätze, mit Ausnahme der Kostandunterführung, die man in der leitherrigen Weise betriebsföhren wünschte. Aber auch die noch in Arbeit Stehenden erklärten sich bereit, Opfer zu bringen und stimmten für eine Erhöhung des Verbandsbeitrages, trotzdem in allen Betrieben Kurzarbeit eingeföhrt ist. Das Schlußwort des Kollegen F h l brachte noch manche Aufklärung und Klang aus in den Worten: 30 000 Kollegen warten auf eine gerechte Regelung. Einige örtliche Angelegenheiten bildeten den Schluß der Verammlung.

Eisenach. Am 15. Juni hörte in Eisenach eine stark besuchte Verammlung, die von den drei graphischen Verbänden (Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter) einberufen war, ein Referat des Gauvorsitzers W i s l a u g (Weimar) über das zeitgemäße Thema: „Schluß mit dem Lohnabbau, her mit der Arbeitszeitverlängerung!“ Der Redner zeigte in trefflicher Weise die Ursachen der Arbeitslosigkeit auf, wies nach, wie unfruchtbar es ist, mit Lohnabbau die Wirtschaft anturdeln zu wollen und stellte die Forderung auf, daß durch die Rationalisierung, Typisierung und Technisierung nur eine Verführung der Arbeitszeit in Frage kommen könne, um der Arbeitslosenkatastrophie einigermaßen begegnen zu können. Besonders mahnte der Redner zur Einigkeit und Geschlossenheit, um dem Weggeden der Unternehmer nach einem erneuten Lohnabbau ein entschlossenes Nein entgegenzusetzen. Die einstimmigen

Ausführungen fanden bei den zahlreichen Anwesenden ungeteilten Beifall. Der Wille der Versammelten fand in einer einstimmig gefaßten Entschlieung ihren Niederschlag: „Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes von Eisenach lehnt mit aller Entschiedenheit die nur den wertföhren Schichten neue untragbare Lasten bringende Notverordnung der Reichsregierung vom 5. Juni ab. Die Befreiung des Tarifrechts wird sich die graphische Arbeiterchaft nicht otropieren lassen. Die Krisenfeur ist, weil sie auch die Wenigerentlohten mittrifft, als unjohale Besteuerung anzupprechen. Die Herausnahme der minderjöhrenen Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung ist eine große Ungerechtheit, weil jeder Jugendliche zur Beitragsleistung herangezogen wird. Eine Gesundung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn die Reichsregierung die Preisbittkraft der Trusts und Kartelle beseitigt und die Jöhle so herabsetzt, daß die Wirtschaft nicht behindert wird. Einem weiteren Lohnabbauveruch des Unternehmertums in graphischen Gewerbe wird die graphische Arbeiterchaft mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegengetreten. Für das graphische Gewerbe ist die Möglichkeit der Verführung der Arbeitszeit gegeben; deshalb richten wir einen leichten Appell an unsrer Unternehmer: Set mit der Arbeitszeitverlängerung bei Einstellungszwang und tragbarem Lohnausfluß.“

Goslar. Zu einer gemeinsamen Verammlung der vier graphischen Verbände hatten die betreffenden Gauvorstände die Kollegen und Kolleginnen eingeladen. Der Vorsitzende F h l i n g eröffnete die äußerst gut besuchte Verammlung. Gauvorsitzer W i s l a u g (Weimar) ergriff das Wort zu seinem Vortrag: „Lohnabbau und Rationalisierung im Buchdruckgewerbe.“ Als im Februar die Lohnabbauwelle überhand nahm und das Unternehmertum schrie, daß es bei dem ersten Abbau nicht bleiben könnte, traten die vier graphischen Verbände zwecks gemeinsamer Abwehr in Front. Es wurde beschlossen, in allen Orten Thüringens gemeinsame Verammungen abzuhalten. Der Vortragende betonte, daß durch die Rationalisierung zwei Millionen Arbeitslose neu hinzugekommen sind. Auf Grund der großen Arbeitslosigkeit fordern die Gewerkschaften die 40-Stunden-Woche. An Hand umfangreichen Ziffernmaterials wies der Vortragende nach, daß es dem Unternehmertum in den letzten Jahren gar nicht so schlecht gegangen sei. Die immer schärfer werdende Rationalisierung durch Betriebsingenieure schraube die Produktion immer weiter herauf. Dem Verband der Deutschen Buchdrucker ist es gelungen, durch die Tarifierung der Schmalzröhren und Druckmaschinen vor 1914 der Arbeitslosigkeit in unrem Bereichszweig wirksam zu begegnen. Trotzdem sind 30 000 Arbeitslose vorhanden. Die Tagungen verschiedener Zudistrikte in Köln wünschten die Tarife durch die Schlußsatzanfragen aufzulösen. Es soll den Unternehmern betriebliche Regelungen nach „Leistungen“ freigelegt werden, dabei werden die schlechteren Berufsgruppen herausgeholt. Der Vortragende betonte zum Schluß, daß bei den ezentuellen Verhandlungen im August wir uns auf keinen Fall irgendeinen Lohnabbau gefallen lassen, sondern durch einiges, geschlossenes Zusammengehen aller Berufsgruppen einen Lohnabbau verhindern müssen. Die Kraft der Abwehr müsse aus den Kollegen selbst kommen. Der Gauleiter M a g n e r vom Buchbinderverband erklärte, daß die Buchbinder einig und geschlossen mit uns kämpfen werden. Hieran schloß sich eine lebhafte Aussprache. Im Schlußwort stellte Kollege W i s l a u g einige Mißverständnisse richtig. Kollege F h l i n g dankte dem Redner für seine die Situation klärenden Worte.

Hamburg. (Druck.) Am 6. und 7. Juni tagte in Hamburg die B o r s e r e n d e n t o n s e r e n g des Kreises Hamburg. Kreisvorsitzender K e i n d o r f begrüßte die Anwesenden aufs freundlichste, insbesondere den Vorsitzenden der Zentralkommission Kollegen A e r m a n n (Berlin). Nach einer Begrüßung des Bezirksvorsitzenden Kollegen O t t o M e i e r (Hamburg) überdrachte Kollege A e r m a n n die Grüße der Zentralkommission und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Kollege K e i n d o r f gab den Bericht des Kreisvorsitzenden. Die schlechte wirtschaftliche Lage machte aus uns hier sehr viel zu schaffen, von 900 Mitglie d e r sind etwa 360 arbeitslos. Weiter wies Redner darauf hin, daß einige Kollegen, darunter solche, die in führender Stellung in der Sparte waren und heute noch in guter Stellung stehen, wegen der Erhöhung des Verbandsbeitrages ausgetreten sind. Alles ist versucht worden, um den Verammungsbefehl zu heben, doch war der Besuch durchschnittlich 100 Kollegen; davon etwa 50 Kollegen arbeitslos. Kreisvorsitzer K e i n d o r f gab den Rassenbericht und forderte von den Bezirksvorsitzenden die rechtzeitige Einfindung der Quartalsabrechnungen. Durch die Arbeitslosigkeit sind auch die Rassenverhältnisse schlechter geworden. Kollege B a u e r als Obmann der Notation wies auf die technische Umstellung im Bilderdruk und Matrindruk hin. Notationen sind präzentual weniger arbeitslos, da dieselben in einigen Betrieben als Flachdrucker Verwendung finden. Hierauf gaben die Bezirksvorsitzenden ihre Berichte, aus denen festgehalten wurde, daß auch die durch die wirtschaftliche Lage leiden und Arbeitslose zu verzeichnen haben. Eine rege Diskussion fand über die Kreis- wie Bezirksberichte statt. Kollege A e r m a n n wies auf die heutige schwierige Lage hin. Aber trotzdem hat die Druckersparte an Mitglie d e r zugenommen und die 14 000 überschritten. Ein Antrag Hamburg wünscht, den Druckertag 1932 ausfallen zu lassen und dafür eine Vorsitzendenkonferenz in Lübeck abzuhalten. Anschließend des 60. Stiftungsfestes findet 1933 der Druckertag in Hamburg statt. Dieser Antrag wurde angenommen. Nach kurzer Aussprache über organisatorische Fragen dankte Kollege K e i n d o r f allen Kollegen. Mit einem Hoch auf dem Verband wurde die Konferenz geschlossen. — Am Abend fand eine Verammlung mit den Flensburger Kollegen statt, in der Kollege A e r m a n n ein Referat über die allgemeine Lage im Gewerbe hielt. Eingehend schilderte Redner die Rationalisierung in den Maschinenfabriken und wies gerade unter den jöhren Verhältnissen auf die Einkinkung der Sonderbestimmung des Tarifs hin. Gerade die Sparten sind nicht nur zur technischen Fortbildung, sondern zur Überwachung dieser Sonderbestimmungen berufen. Kollege K e i n d o r f sprach über die Herstellung von Drei- und Vierfarbendruckern. Redner betonte, daß das Buchdruckgebiet immer noch an erster Stelle sei; was er an Hand einiger Druck-

muster leicht beweisen konnte. Kollege P r i e h zeigte in kurzen Zügen die Arbeitsweise im Tiefdruck. Über den Offsetdruck sprach Kollege S p o h n. Weiter machte Kollege S o l t e i n Ausführungen über die M. R. 3. von Rantes & Schwärzler, welche vom Kollegen K e i n d o r f ergänzt wurden und an welche sich die Vorföhren angeschlossen.

Hannover. In einer gut besuchten Verammlung am 17. Juni nahm die Kollegenchaft nach Erörterung örtlicher Angelegenheiten Stellung zu dem im „Korr.“ angechnittenen Thema „Rissenwirkungen“. Das einleitende Referat hielt der Vorsitzende, Kollege Q u e d e. In etwa einleitenden Ausführungen verstand es Redner, alle Fragen, die uns heute bewegen, darzulegen und die schwerwiegenden Beschlüsse, wie sie in der Beschlüsse des Verbandes selten schwerer zu verzeichnen gewesen seien, zu beleuchten. Als ein erfreuliches Zeichen von Solidarität sei festzustellen, daß die meisten Kritikschrreiber im „Korr.“ sich für höhere Beitragsleistungen eingelegt hätten. Während man in früheren Krisenzeiten mit ziemlicher Sicherheit das Ende der Krise vorausgesehen konnte, sei gar keine Aussicht vorhanden, daß diese Weltwirtschaftskrise in kürziger Zeit ablaufen würde. Daher dürfe der Glaube ber von der Krise betroffenen Kollegen an die Solidarität der Arbeitsenden nicht zeröhrt werden, damit auch diese die notwendige Solidarität gegenüber den Arbeitenden ausrechterhalten könnten. Redner beleuchtete sodann eingehend das demagogische Treiben derjenigen von rechts und links, denen gerade die heutige wirtschaftliche Not willkommen sei, um Bewirzung in die Reihen der Arbeiterchaft zu tragen und so ihr Ziel, die Zertrümmerung der Gewerkschaften, zu erreichen. Auch den Wunderglauben an den Messias, der als stark Diktator das Volk aus dieser Not erretten könne, mußten wir ablehnen. Ein Diktator könne wohl Verordnungen erlassen, aber was uns nur allein helfen könne, ausreichende Arbeitsmöglichkeiten, schaffe auch ein Diktator nicht. Nicht der einzelne Mensch könne helfen; helfen könne sich die Arbeiterchaft nur, wenn sie von einem einheitlichen Willen befehlet sei. Aber gerade hier läge es bei der Arbeiterchaft sehr traurig aus. Wenn nun infolge der wirtschaftlichen Lage die politische Plattform schwande, die für unrer gewerkschaftliche Arbeit auch bitter notwendig sei, so müßten wir auf alle Fälle den Verband als Bollwerk zur Verteidigung unrer Interessen stark und einig erhalten, was nur durch größte Opferwilligkeit zu erreichen sei. Den Ruf zur Einigkeit in der Arbeiterchaft zu betonen, sei heute notwendiger denn je. In der regen Aussprache betonten alle Redner, daß Opfer gebracht werden müssen, um unrer arbeitslosen Kollegen zu helfen; aber auch selbst die arbeitslosen Kollegen, die in der Aussprache das Wort nahmen, erkannten die Notwendigkeit einer geringen Reduzierung ihrer Bezüge an. Auch einer Reduzierung der Gehälter unrer Angestellten wurde von einigen Kollegen das Wort geredet. Im Schlußwort konnte Kollege Q u e d e feststellen, daß die Hannoverischen Kollegen den Ernst der Lage erkannt hätten und alle Teile bereit seien, Opfer zu bringen, um unrer Organisation durch die Stürme dieser Zeit hindurchzubringen.

Leipzig. (H a n d s c h r i f t.) In Gemeinschaft mit der Ortsgruppe des Bundesverbandes hatten wir in der Verammlung mit uns unrer Frauen am 17. Juni Gelegenheit, durch einen Lichtbildvortrag einen interessanten Einblick in einen gut organisierten und modernen Betrieb, Ulsteinbruderei in Berlin, zu erhalten. Ein Gang durch die Großbetriebe der Ulsteinbruderei“ lautete der Vortrag, welchen der Vertreter dieser Firma, Herr W e n d o r f (Berlin), übernommen hatte. Der Referent gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Abrich der Entwicklung dieses Krielenbetriebes und schilderte dann die neusten Errungenschaften in allen Abteilungen auf technischem Gebiete. Besonders müssen hier erwähnt werden: Zeitungsrotationsmaschinen, Schwarzgähre, Walzengießer, Offsetpaal, Vierfarbendruck, Prägepressen, Tiefdruckrotation, Schnellpressenpaal, Laboratorium, Galvanisieren, Sand- und Maschinenabteilungen, Stereotypie, Redaktion, Post- und Telegraphenzentrale, Aufnahmeabteilung, Rohpfaanlage und Radiostation. Daß in diesem Großbetriebe auch wirklich Höchstleistungen erzielt werden, dafür nur einige Beispiele: Die Druderei Ulstein besitzt die größte Segmaschinenanlage Deutschlands. Außer den andern Systemen sind 64 Linotypmaschinen Tag und Nacht ununterbrochen in Betrieb. In einem Monat wurden hier nicht weniger als 2,6 Millionen Zeilen gesetzt. Eine Zeitungsrotationsmaschine liefert bei einer Zylinderumdrehung 128 Zeitungsseiten. Der Verbrauch an Zeitungspapier beträgt im Jahre ungefähr 30 Millionen Kilo. Eine Rolle Zeitungspapier ist im Durchschnitt 9000 bis 10 000 Meter lang und wiegt etwa zwei Zentner. Der gelamte Maschinenpark kann in einer Stunde eine Million sechzehnteilige Zeitungen für und fertig gefaltet liefern. Nach dem Stande vom März 1930 beschäftigte die Firma 2313 Redakteure, Zeichner und kaufmännische Angestellte, 3237 Personen technisches Personal und ungefähr 4566 Voten, Zeitungsaussträger und Chauffeure, im ganzen also 10 136 Personen. Mit diesem Personal produziert das Ulsteinhaus täglich 48 440 000 Druckseiten. Für seine äußerst lehrreichen und interessanten Ausführungen mit 122 Lichtbildern erntete der Vortragende starken Beifall.

Neuwied. Die A r b e i t s g e m e i n s c h a f t e r w e r s l o f e r Buchdrucker Neuwied (keine neue Sparte, sondern eine Vereinigung von Verbandsmitgliedern, die keine Zeitung eröhrt, sondern sich im gegenseitigen Meinungsaustausch über ihre Lage und durch kurze allgemeinbildende und gewerkschaftspolitische Ur weiterbilden will) hat sich in ihrer letzten Verammlung am 18. Juni auch mit dem Notruf unrer Verbandsfinanzmüßige Vorstände zur Befreiung der Krise in unrem Verbandsbeschlüsse zu machen, da dies bereits in ausgiebiger Weise durch viele Kollegen geföhren ist. Grundföhlich stand die Verammlung aber auf dem Standpunkt, daß das, was wir als Gewerkschaftler bisher bei den Notverordnungen Beteiligungs als unfaßbar verwerfen und bekämpfen, nämlich daß die meisten Lasten jeweils der minderbemittelten wertföhrenen Waffe aufgeböhrt werden, während man die oberen Reihentausend mehr oder weniger verschont, bei unrer Notverordnung zur Sicherstellung unrer Verbands Haushaltes nicht auf getan werden sollte. Es ist schon so, daß für die Kollegen, die in Orten ohne Kotalzuschlag konditionieren, der Beitrag kaum noch eine

Erhöhung verträgt, während andererseits Maschinenfeger, Rotatoren, Korrektoren und auch Berechner ohne Murren eine wesentliche Erhöhung des jetzigen Beitrags als Notopfer übernehmen könnten. Verdienen sie doch heute noch vielfach das Doppelte von dem, was die Minimumkollegen in den Orten ohne Kostaufschlag nach Hause bringen, und vielfach das Drei- bis Vierfache von dem, was heute ein Familienpflüger mit großer Familie bekommt. Ihr hohes Einkommen, auch heute noch, verdanken sie doch auch nur der Tätigkeit und dem Schuß ihrer Organisation. Unserem Finanzminister und auch einer ganzen Reihe Erwerbsloser kann am schnellsten aus ihren Ködern gelassen werden, wenn möglichst bald die Diskussion über die 5-Tage-Woche (natürlich mit Lohnausgleich) geschlossen wird und nun einmal sämtliche Mitgliedschaften ihre Betriebsräte veranlassen, bei unsern Prinzipalen antragend vorstellig zu werden, wie sie sich zur Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem oder teilweisem Lohnausgleich und mit Einstellungsstopp einstellen. Von unsern 25 000 erwerbslosen Kollegen könnten dann unser Schatz nach immerhin etwa 10 000 Kollegen untergebracht werden. Wir nehmen dabei an, daß nicht in allen Druckerien durch Verflüchtbararbeiten Arbeit freigemacht werden kann und rechnen statt der 60 000 Kollegen, die noch Beschäftigung haben, nur 50 000 Kollegen, von denen je 5 Mann bei Einführung der 5-Tage-Woche einem Erwerbslosen Brot verschaffen und der Verbandsstufe wieder zahlende Mitglieder zuführen können. Es muß etwas gesehen! So gehts ohne Beitragserhöhung. Aber auch sonst könnte hier und da für eine ganze Reihe erwerbsloser Kollegen noch Arbeit freigemacht werden, wenn einige sogenannte Schnellhaken unter unsern Kollegen, besonders an den Maschinen, sich mehr auf das einleiten würden, was tariflich sein muß. Dies gilt besonders, wo von der Gegenseite der Abbau der Leistungszulagen nicht zum Stillstand kommen will. Wo allerdings hervorragenden Leistungen entsprechender Lohn gegenübersteht, liegen die Dinge anders. Meistens wird aber heute wohl einem Minimum an Lohn eine Maximalforderung von Leistungen gegenüberübersehen. Unserer Unternehmer fordern Herabsetzung der Löhne und Gefehungskosten, damit sie Kapital bilden können. Machen wir es mit unserm einzigen Kapital, nämlich unserer Arbeitskraft, genau so und sehen sie so ein, wie sie bezahlt wird, Tarif gegen Tarif.

Donaubrück. In unser Verjammlung am 13. Juni behandelte unser Vorsitzender, Kollege Herzog, zunächst die diskontinierliche Notverordnung mit ihren Auswirkungen und schätzte insbesondere die für uns in Frage kommenden Punkte heraus. Einen breiten Raum nahm dann das jetzt aktuell gewordene Thema „Beitragserhöhung oder Abbau der Unterstufungen“ ein. Nach dem einleitenden Referat des Vorsitzenden fand die darauf einsehende Aussprache durch folgende Resolution ihren Niederschlag: „Die am 13. Juni in Donaubrück versammelten Mitglieder erkennen voll die Notlage des Verbandes und sind gewillt, diese zu beseitigen. Eine Beitragserhöhung allein kann auf die Dauer die Finanzen des Verbandes nicht regulieren. Sie schlagen deshalb vor: Erhöhung des Beitrages um wöchentlich 50 Pf., Verabreichung der Invaliden-, Kranken- und Reiseunterstützung um täglich 20 bis 50 bzw. 20 Pf. Ferner ist in der Staffellung der Ertragsbeiträge eine Änderung herbeizuführen und die Steigerung entsprechend von 5 zu 5 M. auf 20 Pf. festzusetzen.“ Darauf folgte die Abrechnung von unsern Finanzen kassierendes 50jähriges Jubiläum, welches allgemein den besten Anfang gefunden hat. Am 12. Juni fand erstmalig eine Arbeitslosenversammlung statt. Begründet war diese durch verschiedene Vorwände, besonders in tariflicher Beziehung, die unbedingt der Klärung und Bereinigung bedurften. Auf der andern Seite wurden Wünsche der arbeitslosen Kollegen entgegengenommen, welche der Vorstand zu erfüllen hofft. Aus der intensiven Aussprache war zu entnehmen, daß trotz der teilweise jahrelangen Arbeitslosigkeit in diesen Kollegen ein gesunder Geist herrscht, daß ihnen das Gemeinschaftsgefühl innerhalb des Verbandes kein leeres Wort ist.

Osterrück a. Harz. In der Ortsvereinsversammlung am 19. Juni referierte Gauferretär Kollege Walter Wiegelt (Halle) über „Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft“. In seinem etwa zweistündigen Referat streifte Redner alle in der heutigen Zeit wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Am Schluß seiner Ausführungen erntete er reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen. Der Vorsitzende führte allen Kollegen die heutigen Notmaßnahmen, welche seitens unsres Verbandsvorstandes notgedrungen angewendet werden müssen, vor Augen, die auch von den Kollegen anerkannt wurden. Ferner gedachte er der Not der erwerbslosen Kollegen, welche schon monatelang und jahrelang arbeitslos sind und denen vor allen Dingen immer geholfen werden muß. Die Kollegen Robert Schüller und Willi Mörke gehören dem Verbande 25 Jahre an. Aus diesem Anlaß ehrte der Vorsitzende die Jubilare und überreichte denselben im Namen der Kollegenliste je ein Diplom für ihre Treue zum Verbande. Auch unser Ortsverein leidet durch längeres Vertilztarbeiten unter der heutigen wirtschaftlichen Not, aus diesem Grunde wurde von einer Feier des diesjährigen Johanneseffes Abstand genommen. Die Versammlung war gut besucht, doch sollten alle Kollegen immer mehr regen Anteil unter den heutigen Zeitverhältnissen nehmen und sich im Ortsverein betätigen.

Potsdam. Sein 25 jähriges Bestehen feierte der Bezirk Potsdam am Sonntag, dem 14. Juni, durch eine Jubiläums-Bezirksversammlung in den Räumen des Volkshauses „Mühlenberggrötte“ zu Potsdam. Mit herzlichem Worten ließ der Bezirksvorsitzende alle Erschienenen willkommen. Besonders begrüßte er die ehemaligen Bezirksvorsitzenden Paul Krüger, August Kade, Robert Wesenberg und Karl Donath. Außerdem waren anwesend unser Gauvorsitzer, der Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes sowie Vertreter der Bezirke Brandenburg, Frankfurt und Neuruppin. Der Vorsitzende gab einen kurzen Situationsbericht, in dem er die uns augenblicklich besonders bewegenden Fragen besprach. Nach eingehender Debatte beschloß die Versammlung fast einstimmig, die Abhaltung eines außerordentlichen Gaukongresses zu fordern. Die Beschlüsse der Bezirksversammlung zur Finanzhilfe im Verbande und zu ihrer Beteiligung sollen dem Verbandsvorstand mitgeteilt werden. — Ein von Mitgliedern des Potsdamer Lok同盟ist-Druckers vorgetragenes

Konferenzleitete zum Festakt über. Der Potsdamer Kollegenkollegenverein „Gutenbergs“, der sich wie immer zur Verfügung stellte, sang die Hymne von Schweigert-Krahl. Gauvorsitzer Kienle hielt die Festrede. In kurzen, treffenden Ausführungen zeichnete er ein Bild vom Wirken des Verbandes. Worte des Dankes und der Anerkennung widmete der Bezirksvorsitzende dem Kollegen Otto Hüttig, der 25 Jahre lang, seit Gründung des Bezirkes, die Kassenführung führt. Wertvolle Geschenke wurden dem Sublar von Gau, von den Bezirksmitgliedern und den Kassieren der Bezirksvereine überreicht. Mit einem Lied ehrte auch der Gesangsverein „Gutenbergs“ sein langjähriges Mitglied Otto Hüttig. Weitere Gesangs- und Musikvorträge beendeten die Festversammlung. Ein zwangloses Beisammensein im „Volkshaus“, unter Mitwirkung des Gesangsvereins und der Hauskapelle, brachte trotz der Not der Zeit die rechte Buchdruckerstimmung.

Tilfit. Am Sonntag, dem 14. Juni, tagte in Tilfit die Bezirksversammlung des Agitationsbezirks Tilfit, welche sich eines sehr guten Besuches speziell auswärtiger Kollegen erfreuen durfte. Eingeleitet wurde die Tagung durch zwei Gesänge des Gesangsvereins „Gutenbergs“. Der Ortsvereinsvorsitzende Kollege Jakob leitete begrüßte die Erschienenen, besonders unsern Gauvorsitzer Kollegen Reiser, Kollegen Gauß vom Gauvorstand und den Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes Kollegen Franz. Nach Erledigung einiger Mitteilungen geschäftlicher Natur hielt Kollege Reiser einen Vortrag über „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“. Redner beleuchtete die Entstehungsursache der Wirtschaftskrise, welche uns seit zwei Jahren bedrückt und die totale Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, ferner die letzte Notverordnung, welche dem Arbeiter wieder neue Lasten aufbürdet und den Arbeitslosen die Unterstützung abbaut. Gegen diese Maßnahmen der Regierung müssen wir auch von hier aus öffentlichen Protest erheben. Wenn die ganze Arbeit nur von Maschinen geschafft wird, so muß unbedingt die 40-Stunden-Woche eingeführt werden, aber ohne jeden Lohnabbau. Am Schluß seines Vortrages ermahnte er die Kollegen, dem Verband und der Gewerkschaft die Treue zu halten; denn nur durch Geschlossenheit und einiges Zusammenstehen werden wir uns zu einer besseren Zeit durchkämpfen. Richer Beifall dankte dem Redner für den Vortrag. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Kollege Jakob leitete somit fest, daß eine Kritik an dem Referat nicht geführt wurde und verlas eine Resolution, welche dem Verbandsvorstand überandt werden soll. Weiterhin nahm die Versammlung zu der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen finanziellen Schwächung unsres Verbandes Stellung und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Wenn Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Verluste der Verbandsstufe auszugleichen und weitere Schwächung zu verhindern, so dürfen diese nicht zu Lasten der Arbeitslosen und Invaliden gehen. Vielmehr ist es die Pflichtversammlung als Pflicht an, daß die arbeitenden Kollegen auch diesmal die Lasten noch übernehmen, denn gerade dadurch, daß sie nicht zum Überfluß, sondern unter persönlichen Einschränkungen für die notleidenden Kollegen Opfer bringen, wird wahre Solidarität bewiesen. Das feste Gefüge des Verbandes muß erhalten bleiben, die Arbeitslosen und Invaliden müssen nach Kräften unterstützt werden, das muß die Parole der deutschen Buchdrucker sein.“ Es folgte noch ein Lichtbildvortrag vom Kreisvorsitzenden Kollegen Franz (Königsberg), „Sonne über der Nordsee“. — Bis zum Abgang der Jügel blieben die Kollegen noch mehrere Stunden gemüßlich beisammen.

Wildensfl. (Vierteiljahresbericht.) Der Besuch unser Versammlungen in abgelaufenen Vierteljahr war trotz gebotener aktueller Vortragsthemen kein besonders lobenswerter. In der Versammlung am 18. April wurden zwei Jungbuchdrucker von der Lehrlingsabteilung in den Ortsverein aufgenommen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Dörsen über: „Jugendnot und Jugendbergingung“. Seine Ausführungen waren gut vorbereitet und fanden das Interesse der Versammlung. Anschließend wurde noch einiges im Interesse der Organisation besprochen. Der Rest der Versammlung war der Gelligkeit und der Kollegialität gewidmet. — Im Mai wurde keine Versammlung abgehalten. — Für die Versammlung am 5. Juni war als Referent der Kollege Hoffmann (Dresden) gewonnen worden. Die in seinem Vortrag über „Nationalsozialismus“ gut und klar vorgetragenen Ausführungen waren überzeugend. Unter anderem zeigte sie auch klar die Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft und rundeten sich so zu einem Appell an alle Anwesenden zu tätiger Mitarbeit in der Arbeiterbewegung. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde zu einem Rundschreiben des Gauvorstandes, betreffend Maßnahmen des Verbandsvorstandes: Senkung der Unterstützungsätze — Erhöhung der Beiträge“ Stellung genommen. Die Aussprache bewegte sich in zustimmendem Sinne bis auf die Teilbegrenzung der Poststandsunterstützung. Die Lehrlingsabteilung nahm an den Versammlungen wegen der Vorträge regen Anteil.

Wittenberg (Bezirk Halle). (Druckerverein.) Anlässlich unsres 30 jährigen Bestehens fand am Sonntag, dem 14. Juni, im Vereinslokal eine Festversammlung statt, bei der außer den Vertretern der Ortsparten auch unser Kreisvorsitzender, Kollege Böhm (Halle), anwesend waren. Der Vorsitzende Kollege Weidemann begrüßte alle anwesenden Kollegen und ließ besonders unsern Kreisvorsitzenden herzlich willkommen, gleichzeitig bemerkend, daß der Besuch ein besserer sein könnte. Hierauf nahm Kollege Böhm das Wort und sprach die Glückwünsche des Kreises, der Zentralkommission sowie des Gauvorstandes aus und bedachte den Verein mit einem Gedächtnis. Sodann ging er auf die Vereinsgeschichte ein und gedachte der inzwischen verstorbenen Kollegen, welche durch Erben von den Mägen geehrt wurden. Gleichzeitig dankte er dem Vorsitzenden, Kollegen Bedemeyer, für seine 11jährige sowie dem Kassierer, Kollegen Sine, für seine 18jährige Tätigkeit. Nachdem er die einzelnen Vertreter ihre Glückwünsche las, worauf Kollege Böhm noch auf die heutige Wirtschaftslage, insbesondere unsres Verbandes, einging. Hieran schloß sich eine rege Aussprache. Gleichzeitig fand eine Druckausstellung statt. Für das Entgegenkommen sei den einzelnen Firmen auch an dieser Stelle gedacht. — Der Nachmittag vereinte die Kollegen nach einem Spaziergang noch zu einigen frohen Stunden.

Allgemeine Rundschau

Verlängerung des Lohnabkommens. Das gegenwärtig geltende Lohnabkommen, das mit schwebender Frist zum 31. August erstmalig hätte gekündigt werden können, ist von keiner der Vertragsparteien gekündigt worden. Damit läuft das Lohnabkommen mit sechsmonatiger Kündigungsfrist bis zum 30. November d. J. weiter.

Nichtlinien für Eignungs-, Zwischen- und Gehlensprüfungen. In gemeinsamer Beratung zwischen dem Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins und dem Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurden Richtlinien für Eignungs-, Zwischen- und Gehlensprüfungen geschaffen, die demnächst an die Fachauschüsse hinausgegeben werden. Den Beratungen lag ein Entwurf des Reichsvereins der graphischen Lehrer zugrunde, der zu einem großen Teil übernommen werden konnte. — Daneben erscheint im nächsten Monat im Selbstverlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ein Leitfadens für Zwischen- und Gehlensprüfungen, der insgesamt 291 Fragen und Antworten für Setzer, Drucker und Stereotypsetzer enthält. Beide Arbeiten werden den Fachauschüssen und Lehrlingsleitern wertvolle Hinweise für eine zweckmäßige Durchführung der Prüfungsordnung für fachliche Belehre der gewerblichen Jugend geben.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe. Die Arbeitslosenzahl in unserm Verband im Monat Juni erstreckte sich auf 204 Berichtigte. 25 von diesen mit 4824 Mitgliedern sandten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 91 500 (ohne Saargebiet und Preßnitz-Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 20 578 (gegen 20 020 im Mai). Berühmt arbeiteten 4261 (gegen 3852 im Mai), und zwar bis zu 8 Stunden 2823, 9 bis 16 Stunden 813, 17 bis 24 Stunden 579, 25 und mehr Stunden 46 Mitglieder.

Ist der Korrektor kein Arbeiter? Nach der Ansicht des Reichsbahn-Betriebsamts Berlin nicht. Einer Berliner Firma ging von dieser Stelle ein Schreiben folgenden Inhalts zu: „Am 5. März 1931 unterzeichneten Sie für den Korrektor Herrn G. einen Antrag auf Ausgabe von Arbeiterwochenkarten zur Fahrt von Adlershof nach Jannowitzbrücke. Dies war unzulässig. Nach den Tarifbestimmungen werden Arbeiterwochenkarten nur an Arbeiter ausgegeben, die ausschließlich mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind. Die Tätigkeit eines Korrektors kann hierzu nicht gerechnet werden. Der Antrag auf Ausgabe von Arbeiterwochenkarten mußte daher von der Fahrkartenausgabe Jannowitzbrücke einbehalten und die Fahrpreismäßigkeit verlangt werden. Obwohl Herr G. die Fahrpreismäßigkeit schon einige Male zu Unrecht in Anspruch genommen hat, will ich aus besonderem Entgegenkommen von der Nachhebung des zu wenig gezahlten Fahrgeldes absehen. Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten erlaube ich aber ergebenst, Anträge auf Ausgabe von Arbeiterwochenkarten für Korrektoren künftig nicht mehr zu unterzeichnen.“ Diese bürokratische Entscheidung wird unsre Korrektoren nicht wenig in Erstaunen setzen, zumal sie diese Heraushebung aus dem Arbeiterstand mit der Einbuße einer Fahrtermäßigkeit befaßten müssen, die jedem andern Berufs Kollegen gewährt wird, auch wenn sein Verdienst höher ist als der eines Korrektors. Es wird Sache der örtlichen Organisationsinstanzen sein, gegen diese Entscheidung Einspruch zu erheben, da sie ja dem sozialen Charakter der Fahrpreismäßigkeit ganz offenbar widerspricht. Im übrigen sollten sich unsre Korrektor Kollegen durch ihre Unablenkbarkeit ausweisen, die doch klar erkennen läßt, daß sie nicht der Angelegenheitsverflechtung unterliegen, somit also unter den Begriff Arbeiter fallen.

Reklameaufwand für Necklame. Die Zeitungsanzeige hat ihren 300. Geburtstag gefeiert. Im Jahre 1631 soll die erste Anzeige in einer deutschen Zeitung erschienen sein. Welchen Aufschwung das Inseratenwesen in den 300 Jahren genommen hat, ist bekannt. In den Vereinigten Staaten hat man 1927 5400 Millionen Mark für Necklame ausgegeben. Der amerikanische Zeitungsverlegerverband stellte 1925 fest, daß in USA 183 Firmen einen jährlichen Reklameaufwand von 100 000 Dollar und darüber trieben. Zwei große Automobilfabriken gaben 25 bzw. 2 Millionen Dollar für Necklame aus, eine Seifen- und eine Tabakfabrik je 1,7 Millionen. Für England nimmt man die Reklameausgaben mit 2,7 Milliarden Mark an. In Deutschland wird die Ausgabe für unmittelbare Necklame in Druck und Schrift mit einer Milliarde Mark angenommen. Das kleine Österreich gibt 60 bis 70 Millionen Schilling für Necklame aus. Die Necklame ist also zum unentbehrlichen Faktor der Wirtschaft geworden. Reklamehafte Summen werden alljährlich dazu gebraucht, um die ungeheuren Warenberge, die die kapitalistische Wirtschaft dem Verbrauch zur Verfügung stellt, absetzen zu können. Wir glauben, daß der Reklameaufwand geringer sein könnte, wenn das Massenentkommen höher wäre. Bei erhöhter Kaufkraft ist das Minimieren zum Kaufen weniger notwendig, als wenn dem großen Warenangebot eine geringere Nachfrage gegenübersteht.

Die Fertigungsindustrie für Zollabbau. Das Leipziger Messeamt hat in Verbindung mit dem Institut für Konjunkturforschung an viele Firmen, die auf der Frühjahrsmesse ausgestellt hatten, eine wichtige Frage gerichtet. Die Antworten hierauf sind sehr lehrreich. Es wurde gefragt: „Würden Sie in einem etwaigen Bezahlgang der Zölle aller europäischen Länder (einschließlich Deutschland) einer Schaden oder Nutzen für Ihr Geschäft sehen?“ Das Ergebnis dieser Rundfrage war überraschend. Genau 95 Prozent aller Firmen sprachen sich für die Beseitigung der zolltarifnellen Zollmauer, mithin für eine europäische Zollunion aus. Innerhalb der Produktionsgüterindustrie (Maschinen, Eisenwaren, Elektrotechnik, Bau- und Bitrobedarf, Verpackung und Necklame) stimmten sogar 97 Prozent von 177 befragten Firmen für einen Abbau der Zölle. Ein gleiches Ergebnis wurde bei den Herstellern von Luxus- und Kulturbedarf erzielt. Unter den Herstellern von Musikinstrumenten, Leder- und Schmuckwaren sowie Silbwaren stimmte keine einzige Firma für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zollsystems. Es klang allgemein der Gedanke durch, daß Deutschland auf die Dauer

